
Populismus und Neopatrimonialismus in den Berlusconi- und Erdoğan-Regierungen

Vom Nutzen der vergleichenden Politikwissenschaft
in der Türkieforschung

Joerg Baudner

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden die Gemeinsamkeiten zwischen den Regierungen von Silvio Berlusconi und Recep Tayyip Erdoğan analysiert. Es wird gezeigt werden, dass dem Angriff auf die Unabhängigkeit von Justiz und Medienöffentlichkeit eine Kombination von Populismus und Neopatrimonialismus als Strategie und Rechtfertigung zu Grunde liegt. Anschließend wird nach den Bedingungen für den Erfolg dieser Strategie sowie nach den Bedingungen für eine erfolgreiche Reform der Institutionen gefragt werden.

Abstract

This contribution will analyse the communalities in the policies and politics of the governments of Silvio Berlusconi and Recep Tayyip Erdoğan. It will be demonstrated that the attack on the autonomy of the judiciary and the media is based on a strategy and ideology which combines populism and neopatrimonialism. The essay will also examine the conditions for the success of this strategy and enquire in the preconditions for a reform of the institutions which enhances their autonomy.

1 Einleitung

Die politischen Entwicklungen in der Türkei und Italien, die mit den Namen und Persönlichkeiten von Silvio Berlusconi und Recep Tayyip Erdoğan verbunden sind, weisen erstaunliche Ähnlichkeiten auf. In beiden Fällen haben Beobachter, wie Paul Ginsborg in Hinblick auf Italien,¹ von einem „radical undermining of democracy“ gesprochen. Die Bedrohung des demokratischen Systems bestand und besteht jedoch nicht in der Manipulation von Wahlen, sondern in der Kontrolle der Medien und der Kontrolle oder zumindest systematischen Delegitimisierung der Justiz.

Der türkische Ministerpräsident Erdoğan stand im Jahr 2013 im Mittelpunkt eines Korruptionsskandals, auf den er seither mit der Suspendierung, Versetzung oder Entlassung von Hunderten von Staatsanwälten und Polizeioffizieren reagiert hat. Nach Auffassung von Erdoğan und der AKP-Regierung ist dies eine überfällige Säuberung des Justizsystems von einer Art „Parallelstaat“.² Obwohl die Berlusconi-Regierung im Jahr 2011 zurücktrat, und obwohl Berlusconi selbst nach einem Jahrzehnt des Kampfes gegen das Justizsystem inzwischen rechtskräftig (letztlich zu einem Jahr Gemeinschaftsdienst) verurteilt wurde, ist er immer noch Parteivorsitzender von Forza Italia und einer der bedeutendsten Akteure im italienischen Politikbetrieb. Berlusconi hat sich nach eigenen Angaben geschworen, die italienische Politik erst zu verlassen, wenn er eine Reform des Justizsystems durchgesetzt habe.³

1 Ginsborg 2005, S. 10.

2 *BBC News*, 17. Dezember 2014: „Turkey’s Erdogan battles ‚parallel state‘“, <http://www.bbc.com/news/world-europe-30492348>. Zugegriffen: 20 Januar 2015.

3 *The Wallstreet Journal*, 18 September 2013: „Berlusconi vows to stay in politics“.

Darüber hinaus hat die problematische Stellung Berlusconis im italienischen Mediensystem und sein Fast-Monopol im Privatfernsehen seit fast zwei Jahrzehnten Kritik innerhalb und außerhalb Italiens ausgelöst. In 2009 hat die renommierte *Freedom House*-Stiftung das Rating von Italien von 1 auf 2 herabgestuft „due to the further concentration of media outlets under Prime Minister Silvio Berlusconi and persistent interference by organized crime networks in the functioning of private businesses“.⁴ Erdoğan seinerseits wurde als der „größte Medienmogul der Türkei“ beschrieben, weil sowohl das Staatsfernsehen TRT als auch 15 andere nationale Programme ihr Programm unterbrechen, um die fast täglich gehaltenen Ansprachen des Premierministers zu übertragen.⁵

Des Weiteren ist die Anschuldigung, dass Mitglieder einer geheimen Organisation eine langfristige Strategie verfolgten – „they introduced their own people into the judiciary where they formed a tendency which carried out political activity in the form of investigations, trials and sentences“⁶ – von Berlusconi gegen angeblich „kommunistische“ Richter erhoben worden. Diese Anschuldigung könnte aber ebenso Erdoğans Angriffen auf die Fetullah Gülen-Bewegung entnommen sein, einer religiösen Bewegung, die die AKP und ihre Vorläuferparteien für Jahrzehnte unterstützt hatte. So wie Erdoğan sich im August 2014 zum türkischen Staatspräsident wählen ließ, war es auch Berlusconis Ziel gewesen, Staatspräsident mit stark erweiterten Befugnissen zu werden.⁷ Obwohl Berlusconi im Gegensatz zu Erdoğan am Ende seines politischen Weges angekommen zu sein scheint, haben auch schwerste Anschuldigungen der Popularität und unangefochtenen Führungsrolle von Erdoğan und Berlusconi in ihren jeweiligen Parteien keinen Abbruch getan, ja die von ihnen geführten Parteien sind ohne sie fast nicht vorzustellen.

Dieser Artikel will zeigen, dass es eine große Ähnlichkeit in der politischen Strategie der Erdoğan- und Berlusconi-Regierungen in dem Übergriff auf Institutionen außerhalb des politischen Systems, nämlich auf das Rechtssystem und die Medienöffentlichkeit, gibt. Das damit verbundene „Politikmodell“ verbindet Elemente des Populismus und Neopatrimonialismus. Dieser Beitrag will jedoch über die komparative Studie hinaus auch den Wert der vergleichenden Politikwissenschaft in der Türkeiforschung darstellen. Die Türkeiforschung wird naturgemäß von *single-case studies* bestimmt, die sich häufig durch einen „konservativen“ Bias auszeichnen, d.h. durch die Tendenz, Ereignisse eines Landes als durch ihre Vergangenheit bestimmt zu sehen und die Kontinuität von Strukturen,

4 Freedom House 2009.

5 Kenes 2014.

6 Zitiert in Edwards 2005, S. 237.

7 Ginsborg 2005, S. 117.

Institutionen oder kulturellen Mustern zu betonen. Dieser Bias kann durch die Wahl eines entsprechenden theoretischen Bezugsrahmens noch verstärkt werden, insbesondere durch die an *path dependency*-orientierte Variante des historischen Institutionalismus.⁸

Dieser Beitrag will nicht nur zeigen, dass mit einer vergleichenden Studie Mechanismen der Politikentwicklung und der Interaktion der Strategien von Akteuren mit dem institutionellen Setting deutlicher herausgearbeitet werden können, sondern auch, dass damit Möglichkeiten und Bedingungen für den Erfolg institutioneller Veränderungen dargestellt werden können. Dabei wird die Kontingenz von Akteursstrategien betont werden und auch auf den Einfluss der erratischen Strategien der jeweiligen Opposition hingewiesen werden. Dagegen wird dieser Beitrag aus Gründen des Platzmangels auf eine Darstellung des demokratietheoretischen Hintergrundes der Politikanalyse verzichten⁹ und dafür mit einer (zugegebenermaßen in der Politikwissenschaft eher seltenen) konkreten Handlungsperspektive schließen. D.h., dieser Beitrag soll nicht nur erörtern, unter welchen Bedingungen „Politik gegen Institutionen“ erfolgreich ist, sondern auch, unter welchen Bedingungen institutionelle Reformen erfolgreich sein könnten.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut. Zunächst werden die Angriffe der italienischen und türkischen Regierung auf die Unabhängigkeit der Medien und der Justiz dargestellt. Dann wird das darunter liegende Politikmodell als eine Mischung aus Populismus und Neopatrimonialismus identifiziert werden. Anschließend werden vier Erklärungsansätze für den Erfolg dieses Politikmodells gegenüber gestellt und schließlich die Bedingungen für institutionelle Reformen diskutiert.

2 Die Verbindung von Medienmacht und politischer Macht in Italien

Berlusconis Erfolg als Unternehmer und Medientycoon ging bereits eng mit seinen Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern einher und beruhte damit auf der Verbindung von Medienmacht mit politischen Interessen und Akteuren. Von entscheidender Bedeutung war die Unterstützung Berlusconis durch Bettino Craxi, seit 1976 Generalsekretär der italienischen Sozialisten, die er während seiner Amtszeit zur liberalkonservativen Kraft umgestaltete. Er war in den frühen 1990er Jahren der meistgehasste (hier ist das Wort angebracht) Politiker Italiens, nachdem ein Korruptionsskandal die Republik erschüttert und nach Auffassung vieler

8 Vgl. Pierson 2000.

9 Zu verschiedenen Modellen der Demokratie siehe Coppedge et. al. 2011.

Italiener das Ende der „ersten Republik“ herbeigeführt hatte. Dieser Korruptionsskandal betraf alle regierenden Parteien und insbesondere die Christdemokraten und Sozialisten und führte zur Auflösung dieser Parteien bis Mitte der 90er Jahre.¹⁰

Jahre vorher jedoch, im Jahr 1984, war Craxi dem bedrängten Berlusconi zu Hilfe gekommen, dessen Privatkanäle nach einen Richterspruch vom Netz genommen werden sollten. Mit diesen Fernsehkanälen hatte Berlusconi bereits ein landesweites Quasi-Monopol erreicht, obwohl die gesetzlichen Grundlagen nur lokales, nicht aber nationales kommerzielles Fernsehen erlaubt hatten. Craxi berief daraufhin das Kabinett ein und verabschiedete ein Dekret, dass die Wiederaufnahme der nationalen Fernsehkanäle Berlusconis anordnete.¹¹ In den folgenden Jahren entwickelte Berlusconi ein Medien-Imperium mit den größten Fernsehkanälen Italiens und vielen Tageszeitungen und Verlagen. Im Jahre 1993 begann Berlusconi, sich in der Politik zu engagieren, nachdem der Korruptionsskandal rund um die *mani pulite*-Ermittlungen¹² zur Auflösung der Democrazia Italiana (DC) geführt hatte und gleichzeitig, wie viele vermutet haben, Berlusconis Holding Fininvest in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten war.¹³

Nachdem Berlusconi mit seiner neu gegründeten Partei *Forza Italia* die Regierung gebildet hatte, gab es eine Fülle von politischen Entscheidungen, die seine wirtschaftlichen Interessen förderten und diese gegen staatliche Regulierungen und die Justiz in Schutz nahmen. Dies gilt besonders für Berlusconis zweite Regierungszeit (2001-2012 mit einer Unterbrechung 2006-8). Zuvor hatte das von der Mitte-Links Regierung (1996-2000) verabschiedete Fernsehgesetz von 1997 Berlusconi aufgetragen, die Zahl seiner terrestrisch empfangbaren Kanäle von drei auf zwei zu reduzieren. Das Gesetz wurde vom Verfassungsgericht im Jahre 2002 bestätigt, aber die Mitte-Links Regierung hatte es unterlassen, entsprechende Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Kurz nachdem Berlusconi 2001 an die Regierung zurückgekehrt war, startete er eine Kampagne gegen missliebige Journalisten wie Michele Santoro und Enzo Biagi, die, so Berlusconi, sich des „criminal use of RAI at the licence-payers expense“ schuldig gemacht hätten.¹⁴ Die von Berlusconi genannten Journalisten waren anschließend in den öffentlich-rechtlichen Sendern nicht mehr zu sehen.

10 Für eine Übersicht siehe Lazar 2013.

11 Ginsborg 2005, S. 38; Hibbard 2007, S. 886.

12 Die Ermittlungen betrafen ein organisiertes System von Parteizuwendungen als Gegenleistung für staatliche Aufträge in Mailand. Zur Krisenthematik in Italien siehe Lazar 2013.

13 Ginsborg 2005, S. 64.

14 Hibbard 2007, S. 891.

Obwohl etwa die RAI-Präsidentin Lucia Annunziata 2004 (aufgrund „inakzeptablen politischen Einflusses“)¹⁵ zurücktrat, konnte Berlusconi die Zustimmung der Oppositionsparteien erreichen, indem er ihnen einen Anteil an den Führungspositionen in der RAI zusicherte. Gleichzeitig konnte er seine Position als Regierungschef dazu nutzen, seine dominante Position in den Privatmedien mit einer juristischen Grundlage auszustatten. Allerdings wurde im Jahre 2003 Berlusconis Anwalt, Cesare Previti, zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt wegen der Bestechung des Richters, der zugunsten Berlusconis im Verfahren über die Übernahme des Mondadori-Verlagshauses geurteilt hatte; eine Beteiligung Berlusconis konnte jedoch nicht nachgewiesen werden.¹⁶

Die wichtigsten Gesetze *ad personam*, die die Berlusconi-Regierung verabschiedete, waren das sogenannte Gasparri-Gesetz von 2003 und das Frattini-Gesetz von 2004. Das Gasparri-Gesetz setzte einen Prozentwert des Anteils an Fernsehkanälen fest, den ein einzelner Eigentümer nicht überschreiten durfte, bezog dabei aber kleine und kleinste Fernsehkanäle in die Berechnung ein. Darüber hinaus erlaubte das Gesetz Berlusconis Medienunternehmen Mediaset, *Retequattro* als terrestrischen Fernsehkanal zu behalten – in eklatantem Gegensatz zu den Entscheidungen des Verfassungsgerichtes von 1994 und 2002.¹⁷ Das Frattini-Gesetz gab vor, den Interessenkonflikt Berlusconis dadurch zu lösen, dass es die Trennung vom politischem Amt und dem Management (nicht aber dem Besitz!) von Medienunternehmen verfügte.¹⁸ Zudem wurde die Zuständigkeit für die Kontrolle der Medien AGCOM (*Authority for Communications Guarantees*) als neuer Regulierungsbehörde übertragen. Deren unabhängiger Status wurde häufig in Zweifel gezogen, da seine Mitglieder vom italienischen Parlament gewählt werden. Von Berlusconi wird berichtet, dass er den Direktor von AGCOM nach der Ausstrahlung einer „linksgerichteten“ Talkshow angerufen habe, um die sofortige Absetzung der Talkshow zu verlangen.¹⁹

Internationale Berichte haben das italienische Mediensystem eindeutig verurteilt. Ein Bericht der *Venice Commission* des Europäischen Rates übte heftige Kritik an der Berlusconi-Regierung, da sie wenig getan hätte, um das Problem der Dominanz Berlusconis in den Medien zu lösen.²⁰ *Freedom House* kommentierte seine Entscheidung von 2009, Italien in der Kategorie *civil liberties* von 1 auf 2

15 Hibbard 2007, S. 892.

16 Ginsborg 2005, S. 145, 178.

17 Hibbard 2007, S. 886, 894.

18 Hibbard 2007, S. 887.

19 Ginsborg 2011, S. 101.

20 Hibbard 2007, S. 882.

abzuwerten: „Berlusconi’s return to power gave him the potential to control up to 90 per cent of the country’s broadcast media, through state-owned outlets and his own private holdings“.²¹

3 Die Verbindung von Medienmacht und politischer Macht in der Türkei

Die AKP hatte nicht von Beginn an eine derart enge Beziehung zu den Medien, wie dies bei dem Medienunternehmer Berlusconi der Fall war. Der Erfolg der AKP wurde von den Medien einer islamischen Subkultur unterstützt, die in Opposition gegen die kemalistische Staatselite standen und von denen viele zur Fetullah Gülen-Bewegung gehörten. Nach dem Verbot der Wohlfahrtspartei 1997 standen die Organisationen und Medien dieser islamischen Subkultur unter großem Druck der kemalistischen Staatselite.²² Nachdem sich die AKP in der Regierung etabliert hatte, nutzte die AKP-Regierung jedoch ihrerseits Einschüchterung und indirekten Druck, um das „Entgegenkommen“ oppositioneller Medienhäuser zu sichern.

Das offensichtlichste Beispiel war die dem Doğan-Medienkonzern auferlegte Strafe von 3.8 Milliarden US-Dollar (wegen Steuerhinterziehung) in der Folge eines Streites über die Berichterstattung über einen Korruptionsskandal bei einer AKP-nahen Stiftung in Deutschland. Dieses Gerichtsurteil wurde explizit in den EU-Fortschrittsberichten kritisiert.²³ Wesentlich schwerer zu belegen ist der Vorwurf, dass die AKP-Regierung die Drohung des Ausschlusses von Staatsaufträgen nutzte und nutzt, um oppositionelle Medienhäuser zur Disziplinierung von AKP-kritischen Journalisten zu bewegen. Zwei Eigenschaften der türkischen Medienlandschaft machen die Drohungen der Regierung besonders wirkungsvoll. Zum einen wird die Medienlandschaft von einer Handvoll von Medienunternehmen beherrscht, zum anderen sind diese gleichzeitig in anderen Geschäftsfeldern tätig, und hier insbesondere dem Bauwesen, das stark von staatlichen Aufträgen bestimmt wird.²⁴ Dies führt zu einer Form der Abhängigkeit der Medienunternehmen von der Regierung, die bewirkt, dass, wie oben bemerkt, die nationalen Fernsehkanäle fast täglich lange Ansprachen des Ministerpräsidenten Erdoğan übertragen und andererseits sogar von oppositionellen Medienunternehmen eine Reihe bekannter AKP-kritischer Journalisten entlassen wurden. Ein von der Op-

21 Freedom House 2009.

22 Kurban & Sörezi, 2012, S. 23-25.

23 Kurban & Sörezi 2012.

24 Kurban & Sörezi 2012, S. 23.

position in Auftrag gegebener Bericht sprach im Oktober 2014 von mehr als 1800 während der Regierungszeit der AKP entlassenen Journalisten.²⁵

Dabei wurde auch in der Türkei die Kontrolle der Medienkonzentration zum Mittel der Ausübung von politischem Einfluss, da eines ihrer Ziele die oppositionelle Doğan-Gruppe war. Das Mediengesetz Nr. 6112 aus dem Jahr 2011 zielte darauf ab zu verhindern, dass ein Medienunternehmen mehr als 30 Prozent aller Werbeeinnahmen erhält. Die Medienkonzentration in der Türkei war so hoch, dass zwei Mediengruppen, Doğan und Turkuvaz, zusammen 80 % der Werbeeinnahmen erhielten und auch der Erwerb von zwei Tageszeitungen durch die regierungsnahe Demirören Gruppe senkte ihren Anteil nicht substantiell. Gleichzeitig hatte aber das Dekret Nr. 649 in 2011 die Unabhängigkeit der Wettbewerbshüter beendet und sie der Exekutive unterstellt.²⁶

Die politische Einflussnahme, die die AKP-freundliche Ausrichtung der Medien sichern sollte, fand auch andere Instrumente. Neben der erwähnten exorbitanten Geldstrafe für die Doğan Mediengruppe griff die Regierung die Tageszeitungen *Sabah* und *Akşam* direkt an. Im Jahr 2007 beschlagnahmte die Regierung Gebäude und Vermögen von *Sabah* aufgrund eines Dokumentes, das angeblich der Regierung beim Verkauf der *Sabah* im Jahre 2001 nicht vorgelegt worden war. nicht vorgelegt worden war. Einige der führenden Journalisten wurden entlassen und die Tageszeitung wurde dann an die Turkuvaz Mediengruppe verkauft, die ihrerseits der Çalık-Holding gehört, in deren Führung Erdoğan's Schwiegersohn tätig ist.²⁷ Als dann 2012 die Çalık-Holding ihren größten Fernsehkanal ATV und die Zeitung *Sabah* zum Verkauf anbot, sprach Erdoğan persönlich mit dem Kaufinteressenten Murdoch über seine Übernahmepläne.²⁸

Die Tageszeitung *Akşam* wird als ein weiteres Beispiel dafür angegeben, dass oppositionelle Medien beschlagnahmt werden und regierungsfreundlichen Unternehmen die Übernahme dieser Medien ohne ein transparentes Bieterverfahren erlaubt wird.²⁹ *Akşam* wurde von *Savings Deposit Insurance Fund* (Tasarruf Mevduatı Sigorta Fonu – TMSF) übernommen und der langjährige Herausgeber İsmail Küçükkaya durch den ehemaligen AKP-Abgeordneten Mehmet Ocaktan ersetzt. Darüber hinaus ist ein Radio- und Fernsehbeirat (Radyo ve Televizyon Üst Kurulu – RTÜK) für die Kontrolle der Medieninhalte zuständig und hat empfindliche Strafen für die Berichte oppositioneller Medien wegen des mangelnden

25 *Hürriyet*, 27. Oktober 2014

26 Kurban & Sörezi 2012, S. 23.

27 *The Wallstreet Journal*, 18. September 2009: „Turkey's war on the press“.

28 Kurban & Sörezi 2012, S. 29.

29 Kenes 2014.

Respekts gegenüber historischen Persönlichkeiten, der Darstellung von homosexuellen Szenen und Alkoholexzessen sowie einer „unangemessenen“ Sprache ausgesprochen.³⁰

Eine weitere Strategie der türkischen Regierung, um gegen unliebsame Berichterstattung vorzugehen, ist die Kriminalisierung von kritischen Journalisten. Im Jahre 2013 wurde die Türkei von *Freedom House* in der Wertung von *civil liberties* von 3 auf 4 herabgestuft „due to the pretrial detention of thousands of individuals – including Kurdish activists, journalists, union leaders, students, and military officers – in campaigns that many believe to be politically motivated“.³¹ Damit wurde die Aufwertung der Türkei durch *Freedom House* von 2005 in Folge der damaligen Reformen der AKP-Regierung rückgängig gemacht. Das Verfahren gegen Nedim Şener und Ahmet Şık, anerkannte Journalisten des politischen Mainstreams, mit der Begründung der „Anstiftung zum Hass“ und der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“, diskreditierte die „Ergenekon“-Ermittlungen.³² Die Ergenekon-Ermittlungen betrafen Dutzende von Journalisten, Wissenschaftler und Militärs, die angeblich in die Vorbereitung eines Staatsstreiches verwickelt waren. Obwohl die Ermittlungen einen realen Kern haben, waren bereits gegen Ende 2011 aufgrund dieser Ermittlungen sowie von Aktionen gegen vermeintliche kurdische Sympathisanten 104 Journalisten und 30 weitere Medienangestellte in Haft. Daraufhin wurde die Türkei von *Reporter ohne Grenzen* auf die 154. Stelle in der weltweiten Klassifizierung von Staaten nach dem Grad der Pressefreiheit zurückgestuft.³³

Dennoch ist die offene Verfolgung von Journalisten wahrscheinlich nicht so effektiv wie die indirekte Kontrolle der Medien, die zu einer weitgehenden Selbstzensur geführt hat. Während Berlusconi die größten privaten Medienunternehmen selbst gehören und das staatliche Fernsehen unter Regierung und Opposition „aufgeteilt“ wurden, bestimmte die Erdoğan-Regierung zunehmend die Inhalte des staatlichen Fernsehens und nutzte ein System von Anreizen und Strafen, um auch die privaten Medien unter Kontrolle zu halten. Persönliche Verbindungen waren aber auch hier vorhanden, etwa über Erdoğan's Schwiegersohn. Das Ergebnis war und ist nicht nur die Dauerpräsenz von Erdoğan und Berlusconi in den Medien, sondern auch die Verbreitung einer unpolitischen Form von („seichtem“) Unterhaltungsfernsehen. Dies wurde vielfältig am italienischen Fernsehen kriti-

30 Kurban & Sörezi, S. 20.

31 Freedom House 2013. <http://freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/turkey#.U9IqxHblzPA>. Zugegriffen: 22. September 2014.

32 Kurban & Sörezi 2012, S. 42.

33 Siehe Kurban & Sörezi 2012, S. 23.

siert; in der Türkei wurde es augenfällig, als zum Höhepunkt der Gezi-Park Proteste diese nicht einmal im zur oppositionellen Dogan-Gruppe gehörigen CNN Turk Erwähnung fanden, das dafür eine Reportage über Pinguine ausstrahlte.³⁴

4 Der Angriff auf das Rechtssystem in Italien

Während seiner gesamten politischen Karriere stellte sich Berlusconi als Opfer einer politisierten und angeblich von Kommunisten dominierten Justiz dar, die sich gegen ihn aus politischen Gründen verschworen hätte. In der Tat war Berlusconi mehrfach angeklagt und von unteren Instanzen auch schuldig gesprochen worden – wegen Betruges, Bestechung von Finanzermittlern und illegaler Finanzierung der sozialistischen Partei (PSI). Während jedoch einer seiner engen Mitarbeiter, Marcello Dell’Utri, wegen versuchter Erpressung schuldig gesprochen wurde, wurden die Urteile gegen Berlusconi von der nächsten Instanz widerrufen oder der Prozess wurde wegen Überschreitung der gesetzlichen Höchstdauer eingestellt. Darüber hinaus verabschiedete die Berlusconi-Regierung eine Reihe von Gesetzen, von denen Berlusconi in seinen Prozessen auffällig profitierte.

So erschwerte, unmittelbar nachdem Berlusconi wieder die Regierung übernommen hatte, ein neues Gesetz über internationale Amtshilfe die Übergabe und Anerkennung von Rechtsdokumenten aus anderen Ländern.³⁵ Ein weiterer „Meilenstein“ der Rechtsbildung zu Gunsten Berlusconis war das sogenannte Cirami-Gesetz von 2002, das es Angeklagten erlaubte, eine Verlegung ihres Prozesses an einen anderen Ort zu beantragen. Ein weiteres Gesetz aus dem Jahr 2003 führte die Immunität in den höchsten Staatsämtern ein, wurde aber teilweise vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig zurückgewiesen.³⁶ Auch die Haftverschonung für betagte Angeklagte (mit der Umwandlung in Sozialdienst oder Hausarrest), von der Berlusconi derzeit profitiert, wurde von seiner Regierung eingeführt.

Der zentrale Konflikt zwischen der Regierung und der Justiz jedoch betraf den *Consiglio Superiore della Magistratura* (CSM). Dieser Oberste Richterrat ist die höchste Instanz der Selbstverwaltung von Richtern und Staatsanwälten, die in Italien nicht organisatorisch getrennt sind (was eine Gemeinsamkeit mit der Organisation des Justizwesens in der Türkei darstellt). Nachdem die Zusammensetzung des CSM bereits von der Berlusconi-Regierung verändert worden war, zeigt der

34 *The Guardian*, 9 Juni 2013. Siehe <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jun/09/turkey-mainstream-media-penguins-protests>. Zugegriffen: 13 Januar 2015.

35 Ginsborg 2005, S. 143.

36 Ginsborg 2005, S. 178.

Die Türkei im Spannungsfeld von Kollektivismus und
Diversität

Junge Perspektiven der Türkeiforschung in Deutschland

Doğramacı, B.; Köse, Y.; Öktem, K.; Völker, T. (Hrsg.)

2016, VIII, 269 S. 22 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-12686-5